



VMG Verband Militärischer Gesellschaften Schweiz
ASM Association des sociétés militaires suisses
ASM Associazione delle società militari svizzere

Medienmitteilung

Der VMG begrüsst die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Armee durch den Bundesrat – jetzt müssen die Parteien vorbehaltlos nachziehen!

Bern, 28. Januar 2026. – **Der Verband Militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG) begrüsst die heute vom Bundesrat beschlossene Mehrwertsteuer-Erhöhung um 0.8 Prozent zugunsten der Armee. Es ist dies ein starkes Signal und ein erster, absolut notwendiger Schritt, um endlich – nach nunmehr vier Jahren Krieg in der Ukraine und aufgrund der gefährlichen Bedrohungslage in Europa – einen entscheidenden Schritt in der ungelösten Finanzierungsfrage der Armee voranzukommen. Jetzt ist das Parlament gefordert, eine definitive und von der Mehrheit der Parteien mitgetragene, langfristige Finanzierungslösung für die Armee zu beschliessen. Und zwar rasch, ohne langfädiges Wenn und Aber!**

Der Ärger und das Unverständnis bei den Milizverbänden sowie der Armee sind seit langem sehr gross. Zu Recht, denn die Lage in Europa ist, nach bald vier Jahren Krieg in der Ukraine, weiterhin ernst, die Bedrohung Russland wächst ständig und alle europäischen Staaten, mit Ausnahme der Schweiz, rüsten massiv auf. Vor diesem Hintergrund schlägt der Bundesrat heute eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Armee um 0.8 Prozent vor. Der VMG begrüsst dieses starke Signal, in der Erwartung, dass das Parlament und die Parteien nun rasch nachziehen.

Es ist Zeit für den Vorrang der Sicherheits- vor der Fiskalpolitik!

Auch für den VMG ist es – wie für den Bundesrat – von entscheidender Bedeutung, dass im Jahr 2026 endlich eine langfristige Finanzierungslösung getroffen und rasch möglichst umgesetzt werden kann. Denn die Sicherheit unseres Landes muss uneingeschränkt erste Priorität haben. Das war bislang nicht der Fall. Sicherheit hat ihren Preis und kostet. Erst recht für unsere nach wie vor nicht verteidigungsfähige Armee. Das wird – Stand heute mit nur 0.7 Prozent des BIP für die Verteidigungsausgaben – noch lange so bleiben, wenn die Ausgaben nicht endlich substanziell erhöht werden.

Bürgerlicher Schulterschluss jetzt!

Immerhin: Die aktuell wichtigste aller Fragen, nämlich wie die geplante Aus- und Aufrüstung der Armee finanziert werden soll, ist mit etwas gutem Willen der bürgerlichen Parteien sehr wohl lösbar. Der VMG hat bereits 2024 auf eine Mehrwertsteuererhöhung als mögliche Lösung hingewiesen. Er begrüsst deshalb den Vorschlag des Bundesrats heute insofern, als die Armee weder mit dem Entlastungspaket 27 noch mit weiteren Sparmassnahmen ausreichend finanziert werden kann. Deshalb appelliert der VMG an die bürgerlichen Parteien, dieser Option der befristeten Mehrwertsteuererhöhung, wie sie der Bundesrat vorschlägt, zu folgen. Denn: Wie bisher alle Finanzierungsvorschläge einfach abzulehnen, bringt nichts, schon gar keine Sicherheit. Im Gegenteil, diese Haltung gefährdet die Sicherheit unseres Landes. Ganz zu schweigen vom Bild, das die Schweiz ihren europäischen Nachbarn gegenüber abgibt.

Bundesrat und Parlament müssen jetzt, Anfang 2026, ihre sicherheitspolitische Verantwortung vorbehaltlos wahrnehmen. Der Bundesrat hat heute die klare Richtung vorgegeben. Nun ist es am Parlament und an den Parteien, geeint nachzuziehen!

Kontakt:

Oberst i GSt Stefan Holenstein, Präsident VMG / ASM, +41 79 241 59 57

*Der Verband Militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG) ist ein unabhängiger militärischer Dachverband gemäss Art. 6 Abs. 1 VATV. Der VMG vereinigt derzeit 47 militärische Vereine und Gesellschaften (Unteroffiziers-, Offiziers- und Fachgesellschaften) mit rund 230'000 Mitgliedern. Er bezweckt die gegenseitige Unterstützung bei den ausserdienstlichen Tätigkeiten und nimmt zu sicherheits- und armeepolitischen Fragen dezidiert Stellung.
Vgl. www.vmg-asm.ch*